

## **Linke Alternativen zum Europa des Kapitals**

### **Liebe Genossinnen und Genossen,**

Linke Alternativen für Europa zu entwerfen heißt nicht, alternative Modelle zu Europa, sondern ein Europa für die Menschen zu entwickeln.

Die seit dem Ende des Faschismus 1945 in Europa vollzogene Teilung in Länder mit kapitalistischer Herrschaft und die, in denen der Versuch begonnen wurde, den Sozialismus aufzubauen, ist seit 1989 - zumindest vorübergehend bis heute - zugunsten des Kapitals entschieden.

Das hat die Rolle der Europäischen Union - als wirtschaftliches und politisches Instrument der Machtausübung des Kapitals - gestärkt.

Gerade in den Jahren seit dem Beginn der „Großen- oder Übergangskrise“ (ich bleibe hier bei der Politischen Resolution des 19. Parteitags) erleben wir verstärkt, wie versucht wird, mit allen Mitteln die Macht der Konzerne und des Finanzkapitals in Europa zu erhalten, darüber hinaus aber auch die der EU auszubauen.

Die Krisenlösungsmodelle der Herrschenden mit dem Abbau demokratischer und sozialer Rechte dienen nur ihrem eigenen Profitinteresse.

Krisenlösungen im Interesse der Mehrheit der Menschen sind nicht zu erwarten.

Ob dies, wie Karl Marx es feststellte „bei Strafe des eigenen Untergangs“ geschieht, liegt nicht nur an den Akteuren der Herrschenden. Es liegt vor allen Dingen auch an uns, also denen, die die Kohlen aus dem Feuer holen sollen, die die Lasten der Krise aufgebürdet bekommen. Ob und wie wir es schaffen, unsere Forderungen nach einer sozialen, demokratischen und ökologischen Politik durchzusetzen und damit die Möglichkeit erkämpfen, eine andere Politik durchzusetzen.

Noch werden diese - von vielen Bevölkerungen Europas - aufgestellten Forderungen häufig auch im Interesse der Profiteure dieses kapitalistischen Systems missbraucht, umgedeutet, ihnen wird ein anderer Inhalt gegeben.

Beispiele sind:

- Soziale Politik und deren Durchsetzung wird von den Herrschenden daran gemessen, was der Wirtschaft Europas hilft, und erklärt, dies helfe auch den Menschen in Europa.
- Als demokratisch wird dargestellt, was letzten Endes auch der Wirtschaft hilft, z.B. der Einsetzung von EU-Kommissaren in die Regierungen einiger Länder wie Griechenland oder Italien.
- Ökologische Politik wird zugunsten der Wirtschaft entwickelt, wie bei der sogenannten „Energiewende“, von der allein die großen Konzerne profitieren, wir aber die Zahlenden sind.

Diese Entwicklungen, die sich selbst gegebene Macht der EU und deren Durchsetzung nicht nur in den Mitgliedsstaaten, sondern letztlich in allen europäischen Ländern, stellt die Frage nach den Alternativen der fortschrittlichen, der linken Kräfte in Europa auf die Tagesordnung. Dies umso mehr, je länger die Krise anhält und die Mehrheit der Bevölkerungen Europas die Leidtragenden sind, dabei immer mehr Menschen ins Abseits gedrängt werden.

Wie wirken linke Kräfte dem entgegen?

Zur Diskussion stelle ich hier die Aussage von Athanasios Marvakis, der in einem Beitrag „Lehrstück Griechenland“ (Das Argument, 296/2012) schreibt: „Der linke Widerspruch bzw. Widerstand zum neoliberalen Projekt beschränkt sich bisher hauptsächlich – und das ist nicht

zufällig – auf den ständigen (und natürlich richtigen) Hinweis, dass *Abbau* des Sozialstaates stattfindet – und fordert seinen Erhalt und Ausbau. Aber weil die griechische Linke keine eigene politische Perspektive mehr hat und keine politischen Ziele verfolgt für einen *Umbau* des *ungerechten* Sozialstaates, klingen ihre Forderungen lediglich wie der konservative Ruf >>Alles soll so bleiben, wie es war – letztes Jahr<<. Sollen also die Ungerechtigkeiten so bleiben!? Es ist nachvollziehbar, dass dieser lediglich konservative Ruf dann die Akzeptanz der Neoliberalen unterstützt in ihrer Selbstinszenierung als Modernisierer.“  
Soweit Marvakis.

Wenn auch darüber sicher diskutiert werden kann, so bestärkt dies meiner Meinung nach aber die Aussage, dass wir linke Alternativen entwickeln müssen.

Dazu brauchen wir mehr gemeinsame Debatten, mehr gemeinsame Forderungen gegen die herrschende Politik, mehr gemeinsame Aktivitäten. Um eine Antwort gegen die Politik der Troika zu finden, brauchen wir einen gemeinsamen Nenner unseres Zieles.

Die - auch von einigen linken Kräften - geforderte „Zerschlagung der EU“ ist dabei wenig zielführend. Die EU ist zwar auch ein Ausdruck dieses kapitalistischen, neoliberalen Systems, aber nicht das System selbst. Zudem birgt diese Form des „Widerstands“, sollte sie denn überhaupt erfolgreich beendet werden, die Gefahr einer Rückkehr zur noch stärkeren Ausprägung einer nationalstaatlichen Politik.

Wir müssen also eine andere Alternative entwickeln. Eine, die auch den Gefahren eines Anstiegs und der weiteren Ausweitung von Nationalismus, Rassismus und auch faschistischer Tendenzen entgegentritt, die sich aus einer möglichen Zerschlagung der EU und des Euro noch leichter entwickeln.

Unsere Kritik an diesem Europa der Konzerne, ebenso wie auch die Perspektiven für ein neues Europa, müssen klassenorientiert sein.

Dazu gehört es, die Lebens-, Arbeits- und damit auch die Kampfbedingungen der Bevölkerungen in ganz Europa zu verbessern.

Es sind die Menschen, die die Lasten der Krise tragen.

Wir müssen mit ihnen den Kampf verstärken

für:

- die Streichung illegitimer Schulden und Neuverhandlung der Schulden
- die Abschaffung des Stabilitätspakts
- den Widerstand gegen die Sparprogramme und die Umsetzung des Fiskalpaktes

und gegen

- den Euro-Rettungsfonds und die Rolle der Europäischen Zentralbank.

Unsere Forderungen müssen gerichtet sein auf eine Politik, die Bildung und Ausbildung in ganz Europa als Ziel hat, die Arbeit, soziale Sicherheit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ökologischem Umbau und Demokratie anstrebt.

Wenn die Bewegungen der europäischen Länder einig gegen die Troika auftreten und den Widerstand organisieren, gemeinsam für die sozialen und demokratischen Rechte der Bevölkerungen auftreten, dann können wir einer Neugründung Europas auf sozialer, demokratischer und ökologischer Basis entgegensehen. Weitergehend ist unsere Forderung, nach einem antikapitalistischen Europa, die inzwischen ja auch von vielen Organisationen und MitstreiterInnen in Bewegungen geteilt wird.

Genossinnen und Genossen,

noch hört sich das an wie Zukunftsmusik.

Noch werden die Gesetze von den Finanzmärkten diktiert, noch werden die öffentlichen Gelder eingesetzt, um Rettungsschirme für die Banken aufzuspannen, die den Reichen und Supereichen, den Banken, Konzernen, Ratingagenturen noch mehr Geld in ihre Kassen spülen.

Und anstatt diesem Treiben ein Ende zu bereiten, spielen die Regierungen EU-Europas wie es scheint die Titelmelodie und senken Steuern auf Gewinne und Vermögen. In der BRD sind dies z.B. die Körperschaftssteuer, der Spitzensteuersatz, Zins- u. Kapitalertragssteuer, die Erbschaftssteuer – dies nur als Auszug aus dem „Buch der Geschenke“.

Doch genauso, wie diese Umverteilung von unten nach oben politisch gewollt und durchgeführt wird, können und müssen wir uns dagegen wehren.

Die „Umfairteilen“ - Bewegung in unserem Land fordert die Verteilung der Gewinne und des Reichtums in anderer Richtung: von Oben nach Unten.  
Ein erster Schritt ist der Kampf um höhere Löhne und Gehälter, sowie die stärkere Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen.

Diese Kämpfe um Veränderungen muss die Arbeiterklasse gemeinsam mit den sozialen und demokratischen Bewegungen in ihren jeweiligen Ländern entwickeln. Sie darf dabei aber nicht die gemeinsamen Ziele der Arbeiterklasse Europas außer Acht lassen.  
Die Überwindung der ökonomischen und damit auch sozialen Ungleichgewichte in Europa ist eine der wichtigen Anforderungen, vor denen insbesondere auch die Gewerkschaften der einzelnen Länder und der Europäische Gewerkschaftsbund stehen.

Wenn wir feststellen, dass die beste Unterstützung der KollegInnen in Portugal, Griechenland, Zypern, Italien und anderen Ländern, die Entwicklung des Widerstands in unserem Land ist, dann heißt dies, das solidarische Handeln bei uns, aber auch über Ländergrenzen hinweg zu fördern.

In der bloßen Verkündung hört sich dies so einfach an, ist aber oft schwer zu machen.  
Wir müssen also auch sehen, woran es liegt, dass viele Menschen nicht aktiv für ihre Recht eintreten.

Der Sozialwissenschaftler Dr. Christoph Butterwegge hat in einem ARD-Interview am 18.9.2012 festgestellt: „Der Reichtum wird von vielen akzeptiert, weil in unserer Gesellschaft eine Leistungsideologie existiert, nach der Reichtum die Belohnung für Leistung ist, und umgekehrt gilt Armut als Strafe für Leistungsverweigerung oder Leistungsunfähigkeit. Und wenn diese Ideologie so stark ist (...), dann führt das dazu, dass die Verhältnisse mehr oder weniger akzeptiert werden. Und dass diejenigen, die weniger haben, nicht aufbegehren, nicht protestieren, nicht demonstrieren gehen, wie das in Griechenland, in Spanien und in Portugal der Fall ist.“

Das sprichwörtliche Austrocknen des Sozialstaats mit fehlenden Perspektiven und einer Ideologie, die alle die zu Versagern stempelt, die keine Arbeit, keine Bildung, keine Zukunft sehen, schafft häufig Resignation statt Widerstand.

„Die politische Resignation der Unterschichten schützt den Kapitalismus vor der Demokratie und stabilisiert die neoliberale Wende, auf die sie zurückgeht.“ hat Wolfgang Streeck in Gekaufte Zeit (Frankfurt/M. 2013, S. 90) festgestellt.

Was Streeck hier den Schutz vor der Demokratie nennt, ist in Wahrheit jedoch bereits Mangel an Demokratie.

Und das hat Folgen.

In dem Antrag von Leo Mayer zur EU-Wahl an die 3. Tagung des Parteivorstandes (Juni 2013) heißt es: „ Die Politik fortgesetzter und immer radikalerer Ausgabenkürzungen blockiert dabei nicht alleine den Weg zu wirtschaftlicher und sozialer Erholung. Die Krise in Europa wird immer mehr zu einer Krise der Demokratie: Parlamentarische Rechte werden ausgehebelt, >>Technokratenregierungen<< ohne Wahlen installiert, die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds übernimmt in verschiedenen EU-Mitgliedsländern die Regierungsgeschäfte, demokratische, soziale und Arbeiterrechte werden zerstört. In vielen Ländern erhalten rechtspopulistische, chauvinistische und faschistische

Parteien besorgniserregenden Zulauf.“ Soweit aus dem Antrag, der, das muss gesagt werden, nicht beschlossen wurde.

Die aktuelle Studie 2012 der Friedrich-Ebert-Stiftung "Die Mitte im Umbruch" hat die Frage nach einer grundsätzlichen Zustimmung zur Demokratie als Staatsform gestellt. Mit 94,9 % in Gesamtdeutschland ist diese recht hoch und gegenüber 2010 noch gestiegen. Bei der Frage, wie die Zufriedenheit mit der tatsächlichen Demokratie in der Bundesrepublik sei, fällt das Ergebnis auf 50,6 %.

Gleichzeitig, auch dies aus der FES - Studie, verharren „rechtsextreme Einstellungen in Deutschland (verharren) auf einem hohen Niveau. Während die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur abnimmt, ist Chauvinismus bundesweit bei knapp 20 % der Bevölkerung anzutreffen. Die Ausländerfeindlichkeit ist mit 25,1 % - bezogen auf ganz Deutschland - die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension.“

Das sind die Verhältnisse, in denen der Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau notwendiger denn je entwickelt werden muss.

Und selbst diese SPD-nahe Stiftung verkündet als Konsequenz: „Was ist zu tun? Dem Kampf gegen rechts muss auch über das durch die „NSU“-Mordserie bedingte Aufmerksamkeitshoch hinaus höchste Priorität eingeräumt werden. Außerdem gilt es, die Demokratie selbst zu stärken. Das bedeutet: Nicht nur mehr Demokratie, sondern auch mehr Politik zu wagen. Gerade in sogenannten Krisenzeiten darf nicht mit Sachzwängen argumentiert werden. (...) Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen sozialer Spaltung bzw. sozialstruktureller Desintegration und menschenfeindlichem Denken. Auf europäischer wie auf nationaler Ebene ist es deshalb besonders wichtig, sozio-ökonomische Fragen, also Fragen der Wohlstandsverteilung, als eben solche auszuhandeln. Soziale Konflikte zu ethnisieren, spielt nur dem Rechtspopulismus und der Verbreitung rechtsextremer Einstellung in die Hände. (...) Die sehr reale rechtsextreme Bedrohung darf nicht durch die Gleichsetzung mit einer fiktiven Bedrohung durch Linksextremismus relativiert werden.“

Dem ist hinzuzufügen, dass hoffentlich auch die SPD diese Aussagen wahrnehmen und ihr Konsequenzen, auch in der Frage der - vor allen Dingen außerparlamentarischen - Zusammenarbeit mit linken Kräften, folgen lassen wird. Und dass im Parlament selbst Gesetze und Erlasse unterbleiben wie z.B. die Agenda 2010, Hartz IV, die Zustimmung zur Beteiligung am Völkermord durch Kriegseinsätze (ja, auch dies gehört in das Paket der sozialen und demokratischen Fragen).

Genossinnen und Genossen,

Ja, es gibt sie nicht nur in der BRD, sondern auch europaweit, die Tagungen und Konferenzen von linken Kräften, Parteien, Gewerkschaften u.a., die wichtig sind zur Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte, wichtig für Ziele gemeinsam getragener und durchgeführter Aktivitäten.

Einige seien hier genannt:

- Im Frühjahr 2012 trafen sich auf Einladung der *Corporate Europe Observatory* (CEO) und des *Transnational Institute* (TNI) 250 AktivistInnen aus allen EU-Mitgliedsstaaten, einschließlich GewerkschafterInnen, UmweltschützerInnen, ÖkonomInnen und empörter BürgerInnen zum Thema „Die EU in der Krise: Analysen, Widerstand und Alternativen zu einem Europa der Konzerne“. Sie verurteilten den Stabilitätspakt als einen Angriff auf soziale Rechte und Demokratie.
- Die Europäische Linkspartei führte, ebenfalls in Brüssel, eine Konferenz gegen den damals noch geplanten Fiskalpakt durch.
- Das Treffen der Sozialbewegungen in Florenz hat stattgefunden, es gab europaweite Demonstrationen gegen die Politik der EU und ihrer Troika.
- Der Alternativ-Gipfel in Athen hat im Juni dieses Jahres stattgefunden. Dazu noch ein Zitat aus dem o.g. Antrag von Leo zur EU-Wahl: „ Mit dem >>Manifest von Athen<< besteht erstmals eine breite Plattform von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und

politischen Linkskräften, mit einer kurzen Liste gemeinsamer Dringlichkeitsforderungen für den Kampf auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene.“

An der Notwendigkeit solcher Tagungen, Konferenzen soll nicht gezweifelt werden. Sie sind wichtig für den Erfahrungs- und Perspektivenaustausch, sie sind wichtig, um voneinander und miteinander zu lernen, wichtig auch dafür, evtl. besondere Entwicklungsbedingungen einzuschätzen oder sie verallgemeinern zu können.

Dass sie von den Drahtziehern in der EU ignoriert und totgeschwiegen werden, egal wie stark die sozialen Bewegungen sind und zumindest in einigen Staaten unüberhörbar Proteste organisieren, ist die eine Seite der Medaille.

Jedoch muss auch die Frage gestellt und von uns beantwortet werden, wie die Ergebnisse o.g. Treffen vermittelt werden? Wie fließen sie ein in die weitere Entwicklung von Widerstand? Wo und wer sind die MultiplikatorInnen, die dann auch in „Kleinkleckersdorf“ um die Umsetzung und die weiteren nächsten Schritte im europaweiten Kampf ringen?

In der „Zeit“ warnt Frank Drieschner am 17.4.13 in dem Artikel "Die Sieger kriegen alles" angesichts der EZB-Berichtes über die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland und Europa:

„Vor allem den Parteien, die sich ‹bürgerlich› nennen, sollte die Vermögensverteilung in Deutschland zu denken geben. [...] Ist es wirklich richtig, den vermeintlich ‹anstrengungslosen Wohlstand› von Hartz-IV-Empfängern zu beklagen und vom wirklich anstrengungslosen Wohlstand reicher Immobilienbesitzer zu schweigen? Wichtiger ist, was die Bürger in der Mitte der Gesellschaft mit der neuen Erkenntnis anfangen. Die Ungleichheit in Deutschland ist Folge einer Vielzahl von politischen Entscheidungen – und kaum eine davon wäre ohne ihr Einverständnis möglich gewesen.“

Wahr ist doch aber: Dieses Einverständnis der BürgerInnen hat gar nicht vorgelegen! Diese haben ganz einfach „nur“ nicht aufbegehrt, was natürlich verschwiegen wird.

Wir sollten unmissverständlich darauf orientieren, den Widerstand gegen die Politik des Kahlschlags mit ihren Auswirkungen auf alle Bereiche des Lebens zu vervielfachen. Und wohl wissend, dass es nicht nur um die politischen und ökonomischen Bedingungen in der BRD, sondern in ganz in Europa geht, sollten wir in dieser Region die Zusammenarbeit suchen. Die Europäische Linkspartei bereitet für Dezember ihren 4. Kongress in Madrid u.a. mit dem Entwurf des politischen Dokuments „UNITE FOR AN LEFT ALTERNATIVE IN EUROPE“ (Vereint für eine linke Alternative in Europa) vor. Nach einer ausführlichen Einschätzung und Darstellung der Situation in Europa unter der Krise, werden alternative Vorschläge entwickelt, die von allen Mitgliedsparteien der EL - Vollmitgliedern und denen mit Beobachterstatus wie u.a. die DKP - diskutiert werden sollen. Und es fehlen auch nicht die Aussagen, zu denen es unter linken Kräften in Europa durchaus unterschiedliche Meinungen gibt.

Zur Frage „Raus aus dem Euro?“ wird u.a. festgestellt, dass es zwar teilweise für einzelne Länder nachvollziehbare Gründe geben kann, dies zu fordern, aber das allein keine Garantie für eine andere progressive europäische Politik sei und deshalb keine Forderung der EL ist.

Es sind dort Forderungen gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens und der Bildung, für einen Mindestlohn und ein Minimum an Renten und Pensionen, den Ausbau und Erhalt des öffentlichen Nahverkehrs ebenso wie die Aussage, dass der Zugang zu Wasser und Energie ein Menschenrecht ist.

Die Forderungen nach einem Ende der Rüstungspolitik in Europa, gegen die Frontex-Einsätze und die Abschottung der Grenzen finden sich hier ebenso, wie die Aussagen zu einem ökologischen und verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit.

Dieser Entwurf der EL bietet auf jeden Fall einerseits die Chance, an einem gemeinsamen Dokument für europaweite Forderungen und Politik mitzuarbeiten, nach der Diskussion in

unseren Gruppen, in Bündnissen und Bewegungen, in Gewerkschaften Änderungsvorschläge einzubringen. Andererseits können damit überhaupt die Debatten um linke Alternativen, nicht nur in Europa, sondern auch in der BRD, angeregt und entwickelt werden.

Genossinnen und Genossen,

Dass diese Debatten nicht nur nötig, sondern geradezu unausweichlich sind, zeigen die aktuellen ökonomischen und politischen Entwicklungen in ganz Europa.

Die Rechten scheinen auf dem Vormarsch, sie nutzen die teilweise resignierte Stimmung der Menschen, versuchen mit der Rückkehr zu nationalen Lösungen Terrain zu gewinnen.

In dem von Lucie Billmann und Josef Held herausgegebenen Sammelband „Solidarität in der Krise“ (VS-Verlag 2013) schreibt Athanasios Marvakis „Zur Dialektik des neuen Faschismus (nicht nur) in Griechenland - oder: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, besonders wenn er keines hat“ „Ich bin überzeugt, dass wir viel aus den Diskussionen des historischen

Antifaschismus lernen können, (.....). „Lernen“ meint hier doppeltes: Wir lernen zum einen aus der Tiefe des historischen Verständnisses, zum anderen aus der Analyse der historischen Fehler dieses Kampfes.“ Und über die Entwicklung der faschistischen Übergriffe sagt er: „Vorbereitung für die täglichen Angriffe der faschistischen Banden auf individuelle Opfer ist eine vieljährige `Vorbereitung´ oder besser `Zubereitung´ dieser Gruppen, auf das sie ohne Gefahr und Risiko für die faschistischen Angreifer terrorisiert werden können. Migranten und Flüchtlinge wurden erst durch jahrzehntelange Politiken und Praktiken aus der „Mitte der Gesellschaft“ - also keinesfalls vom rechtsradikalen Rand! - sozial und politisch schwach gemacht und gehalten. Erst dadurch können sie nun leicht(er) als Individuen Opfer rechtsradikaler Terrorpraktiken werden.“

Im Kampf gegen eine weitere Rechtsentwicklung müssen wir noch klarer mit Argumenten auftreten. Dabei kommt es uns natürlich auch darauf an, die Wurzeln des Faschismus zu benennen - doch dies allein wird mögliche Rechts-WählerInnen nicht abhalten. Wir müssen vor allen Dingen die soziale Demagogie der Rechten „entzaubern“. Klar machen, dass es nicht darum geht, zu entsolidarisieren - weder im Betrieb, noch im Wohngebiet, im Land und auch nicht in Europa.

Dabei müssen wir auch sehen, wie Pavlos Kalosynatos, Direktor des Arbeitsinstituts der Gewerkschaft PEO und Genosse der AKEL, auf einer Tagung von ver.di in Berlin feststellte: „Es hilft uns nicht gegen die Forderungen faschistischer Organisationen zu kämpfen, wenn diese dann - durch andere Parteien eingebracht - in Parlamenten doch beschlossen werden“. Als Beispiel nannte er die Asylgesetzgebung.

Das bestätigt meine Auffassung, dass es nicht ausreicht, gegen Nazis in Parlamenten mit einer Art „Nicht-Wahrnehmung“ von deren Anträgen und Reden zu (re)agieren.

Dies kann doch nur ein erster Schritt im Konsens sein, sich mit dem Umgang mit Nazis zu befassen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung, immer mit dem Ziel, den faschistischen Charakter der Reden und Anträge herauszuarbeiten, darf auch in Parlamenten nicht fehlen. Dabei muss selbstverständlich auch immer die Aussage stehen, dass faschistische Organisationen verboten gehören und deshalb in Parlamenten nichts zu suchen haben.

Genossinnen und Genossen,

die hier aufgezeigten Möglichkeiten, gemeinsame Vorschläge für ein soziales, demokratisches und ökologisches Europa zu erarbeiten, sind sicher nicht ausgeschöpft. Es liegt auch an uns, weitere Vorschläge zu entwickeln.

Die Erfahrungen der Zusammenführung linker Kräfte in anderen Ländern sollten wir dabei einbeziehen und sehen welche davon auch in unserem Land möglich und umsetzbar sind.

Ich bleibe auch hier in Europa:

In Frankreich wurden mit der Front de Gauche politische Erfolge bei den letzten Wahlen erzielt. Auch in der Mobilisierung der Menschen gegen die herrschende Politik war dieses Bündnis sehr erfolgreich. In Spanien ist die Vereinigte Linke erfolgreich. Und in Griechenland wurde nun, nach dem Wahlerfolg von dem Bündnis Syriza, die Partei Syriza gegründet. Viele verschiedene linke

und antikapitalistische Parteien haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam für eine neue Politik in Griechenland einzutreten.

Wir sollten sehr aufmerksam und solidarisch die weitere Entwicklung dieser Partei beobachten, und natürlich den GenossInnen Erfolg im politischen Kampf wünschen. Ob es ein Erfolg wird, hängt auch davon ab, wie der Widerstand und die Entwicklungen in anderen Ländern aussehen. Deshalb sollten wir auch darüber diskutieren wie, ob und wenn ja in welchem Rahmen so etwas auch bei uns möglich ist?

Die GenossInnen der Rifondazione Comunista in Italien schicken sich bereits an, die Diskussion mit anderen linken Organisationen zu suchen und ein ähnliches Modell in ihrem Land zu entwickeln.

Und auch wir haben doch in den letzten Monaten immer häufiger feststellen können, dass die Forderungen der Sozial- und Demokratiebewegungen oft antikapitalistische Aussagen haben. Das bedeutet doch für uns umso mehr, sich den Kräften des Widerstands auch in unserem Land nicht zu verschließen, sondern mit ihnen gemeinsam die Proteste vorzubereiten und durchzuführen. Und dies weder als Alibi, nach dem Motto "wir sind auch schon/noch da", noch als diejenigen, die sowieso schon einmal alles mitgemacht haben und deshalb schon wissen, wo es lang geht.

In der Studie „Krise ohne Konflikt“ wurden u.a. Interviews und Handlungsorientierungen mit Betroffenen veröffentlicht. (u.a. in transform 8/2011 Rechtspopulismus in Europa). In den Aussagen der Befragten werden zum Einen bekannte Umfragen bestätigt, wie z.B. dass eine Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung der Ansicht ist, „dass es in der Gesellschaft zunehmend ungerecht zugeht“. Wichtig erscheint für uns das Ergebnis, dass „die Krise in den Jahren 2008 - 2010 das Thema war: gesellschaftlich, medial und politisch. Doch welche betrieblich-ökonomische Situation tatsächlich als „Krise“ bezeichnet wird, ist nicht selbstverständlich, sondern muss gedeutet und geklärt werden.“

Festgehalten wird in dieser Studie: „Für Teile der Beschäftigten ist immer Krise“ und „Als `krisenhaft` werden der fortwährende Druck und die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen verstanden. Als `Krise` wird die beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb bezeichnet: Verlagerungen, Outsourcing, Kostensenkungsprogramme, zunehmende Intensität der Arbeit usw.“  
Dabei werden aber die Mechanismen zur angeblichen Bewältigung der Krise sehr wohl wahrgenommen, wie noch weiterer Leistungsdruck, flexiblere Arbeitszeiten und die Zunahme der prekären Beschäftigung.

Dieses kann Ohnmachtsgefühle erzeugen, aber auch den Willen zu Widerstand entwickeln. Immer wieder gibt es Faktoren, die Aktivitäten erschweren. Die Spaltungstendenzen in Belegschaften sind nicht einfach zu negieren: Stamm- und Leiharbeiter, Produktions- und Büroarbeiter, nationale und kulturelle Unterschiede werden angeführt.

Als Fazit dieser Interviews wird genannt: „Gegen die Systemkritik steht gerade in der Krise die Erfahrung des alltäglichen Zwangs des Systems. Das erzeugt Ohnmacht und Wut. (.....) Aber es bleibt die Hoffnung, den durch Systemlogik und -sachzwänge zementierten Status quo aufzubrechen, neuen Gedanken und Veränderungsphantasien Raum zu verschaffen, um Ohnmacht zu überwinden.“

Und weiter:

„Es gibt Hoffnungen,

- dass Protest sichtbar wird und Funken entfacht
- dass es gemeinsame Punkte gibt, die dem Zurückweichen ein Ende machen
- dass es irgendwann mal `gewaltig kracht`“

Warum gehe ich so ausführlich darauf ein - eine Studie, die „irgendwelche“ Menschen befragt nach ihren Befindlichkeiten und ihren Ansätzen, die Zukunft mitgestalten zu wollen? Weil es „die Menschen“ sind, mit und ohne Organisation, mit denen wir die Gesellschaft verändern können und müssen!

In unserem Parteiprogramm stellen wir zur Zusammenarbeit mit anderen Kräften fest: „Eine große Vielfalt neuer sozialer Akteure entsteht und entwickelt sich. Mit der antirassistischen Bewegung, in der Geschlechterfrage, zu Umwelt und Frieden und zu vielen anderen Fragen agieren neue Kräfte autonom. Die Existenz einer breiten Schicht von Ausgebeuteten und Ausgegrenzten eröffnet die Möglichkeit und die Notwendigkeit, alle Betroffenen in einem alternativen politischen und sozialen Projekt zusammenzuführen, sie als Gesamtheit in ihrer Vielfalt und Autonomie zu vereinen.“

Die Anforderungen in den aktuellen Kämpfen machen die Zusammenarbeit unverzichtbar.

Sich selbst und die/den Anderen ernst nehmen mit den Bedürfnissen, den Wünschen und Hoffnungen, dem Frust, der Wut, aber auch den Erfahrungen und dem Willen zu verändern. Nur so werden wir gemeinsam die Kämpfe organisieren können – für die eigene Sache widerständig werden.

Dabei geben wir weder in Einzelgesprächen, noch in Versammlungen mit vielen, wie manchmal falsch behauptet/unterstellt wird, unsere kommunistische Überzeugung an dem Eingangstor zur Diskussion ab, denn:

„Die DKP tritt für eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten ein. Sie respektiert die politischen Motive, die Weltanschauung und die organisatorische Selbstständigkeit ihrer Bündnispartner und erwartet von ihnen die gleiche Haltung gegenüber der DKP. Die Mitglieder der DKP stellen in ihrer Arbeit in den Initiativen die Eigentumsfrage als die Grundfrage jeder Bewegung.“

Auch folgende Aussage des Programms soll festgehalten werden:

„Den Gewerkschaften kommt für die Organisation der Arbeiterklasse und für das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen eine Schlüsselrolle zu.“ Denn die Möglichkeit zur Veränderung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsweise geht über den Weg der Konversion: nachhaltig, ökologisch und für den Frieden produzieren.

Dies gilt auf nationaler Ebene ebenso, wie bei den europaweiten Aktionen gegen die Troika und für eine Zukunft. Damit muss langfristig die unrechtmäßige Aneignung gesellschaftlich geschaffenen Eigentums beendet und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zur Geschichte werden.

Es wird noch ein langer Weg dorthin sein, es werden viele Etappenziele erkämpft werden müssen.

Dass die marxistische Aussage, dass die ökonomischen Verhältnisse die Grundlage aller gesellschaftlichen Verhältnisse bilden richtig ist, wird gerade durch die Krise neu bestätigt. Wir kämpfen für den Sozialismus / Kommunismus. Wir wissen aber auch, dass er heute noch nicht erstritten wird.

Deshalb sollten wir uns trotz der oft spürbaren Resignation in dem Kampf um aktuell und jetzt wirkende Alternativen, bei der Vernetzung und Gewinnung von linken Kräften vor Ort, in unserem Land und international der Worte von Karl Marx in „Die deutsche Ideologie“ erinnern: „Das Bewusstsein kann nie etwas Andres sein als das bewusste Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozess.“

Das sollte uns ermuntern und Kraft geben, die Zusammenarbeit der linken Kräfte Europas zu intensivieren und für ein solidarisches, demokratisches, soziales, ökologisches und antikapitalistisches Europa den Widerstand gegen herrschende Politik zu verstärken. Für eine starke linke Kraft, die dieses kapitalistische System ernsthaft herausfordert!